

1. Ordentlicher Länderrat - Digital
2. Mai 2020

Gremium: Bundesvorstand
 Beschlussdatum: 27.04.2020
 Tagesordnungspunkt: C Corona und die Folgen

- 1 Das Corona-Virus hat die Menschheit in einen Ausnahmezustand versetzt. Wir
- 2 betrauern bereits über 200.000 Tote und großes Leid. Um die Pandemie zu
- 3 bekämpfen, wurde das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben auf der ganzen
- 4 Welt weitgehend angehalten, mit dramatischen Auswirkungen: Menschen verlieren
- 5 ihre Arbeit, sozialer Stress und häusliche Gewalt nehmen zu. Die Welt steht vor
- 6 einer tiefgreifenden Rezession.
- 7 Noch befinden wir uns mitten in der Pandemie. Es gilt – mit aller Kraft – die
- 8 Zahl der Opfer so gering wie möglich zu halten und zugleich einen sozialen und
- 9 ökonomischen Zusammenbruch zu verhindern. Dafür müssen wir weiter große Vorsicht
- 10 walten lassen und lernen, für eine längere Zeit mit dem Virus zu leben und es
- 11 zugleich immer besser und zielgenauer zu bekämpfen.
- 12 Corona ist eine globale Herausforderung, auf die es eine globale Antwort geben
- 13 muss. Kein Staat kann sie allein bewältigen. Das gilt vor allem für uns in
- 14 Europa. Wir müssen Wege aus der Krise konsequent europäisch denken. Nur
- 15 europäisch kommen wir durch diese schwere Zeit, nur gemeinsam werden wir die
- 16 Pandemie bekämpfen und unsere Wirtschaft wieder auf die Beine bringen können.
- 17 Europas Zusammenhalt hat bereits großen Schaden genommen. Wir müssen jetzt alles
- 18 dafür tun, dass das Friedenprojekt Europa zum historischen Kurs der Integration
- 19 zurückfindet.
- 20 Niemand weiß, wie lange diese globale Ausnahmesituation andauern wird, niemand
- 21 kann das tatsächliche Ausmaß und die Auswirkungen wirklich absehen. Aber die
- 22 Krise zeigt uns bereits heute, wie wichtig vorausschauendes politisches Handeln
- 23 ist. An unserer Zukunftsfähigkeit und Krisenresilienz zu arbeiten, wird am Ende
- 24 den Unterschied machen.
- 25 In der Not zeigt sich, worauf es ankommt: auf Gemeinsinn, Solidarität und
- 26 Humanität. Auf die Erkenntnis, dass deutsche und europäische Interessen eins
- 27 sind. Auf starke internationale Institutionen. Auf die Robustheit von
- 28 Wirtschaft, Gesundheits- und Sozialsystemen. Auf eine starke Daseinsvorsorge.
- 29 Auf die Stärke derer, die man in der Gesellschaft oft nicht sieht:
- 30 Lastwagenfahrer*innen, Erntehelfer*innen, Kassierer*innen, Reinigungskräfte und
- 31 Pfleger*innen. Auf die vielen Frauen, die nicht nur in schlecht bezahlten
- 32 CareBerufen, sondern auch in vielen Familien alles am Laufen halten. Auf bessere
- 33 Löhne in systemrelevanten Berufen. Auf eine neue Politik der Sicherheit –
- 34 vorsorgend, widerstandsfähig, umfassend und europäisch. Wir brauchen ein neues,
- 35 ein nachhaltiges Sicherheitsversprechen.
- 36 Dass diese Erkenntnis über den Tag hinaus Bestand hat, ist nicht
- 37 selbstverständlich. Wir stehen an einer Wegscheide. Schreiben wir eine alte
- 38 Politik, die alte Brüchigkeit, die alten Probleme fort und schaffen damit neue?

39 Oder treiben wir beherzt die nötigen Veränderungen voran und bauen Wirtschaft
40 und Gesellschaft auf festem Grund wieder auf? Wir sind überzeugt, dass nur ein
41 politischer Aufbruch nachhaltig aus der Krise führt. Nur, wenn wir Dinge
42 grundlegend verändern, wenn wir aus Bekenntnis Wirklichkeit machen, werden wir
43 diese und die anderen großen Herausforderungen – allen voran die Klimakrise –
44 bewältigen. Widerstandsfähig gegen globale Krisen zu sein, ist der Schlüssel für
45 eine neue Sicherheit im 21. Jahrhundert.

46 Corona und die Bekämpfung des Virus werden unser aller Leben, die
47 gesellschaftlichen Debatten und die Politik noch lange Zeit prägen. Nach der
48 Pandemie wird unsere Welt eine andere sein. Doch mit jedem Schritt voran – und
49 sei er noch so klein – öffnet sich auch ein Fenster in die Zukunft.

50 Demokratie bewährt sich gerade in der Krise. Sie ist ein lernendes System, in
51 dem mündige Bürgerinnen und Bürger frei über ihre Zukunft diskutieren. Das ist
52 die Voraussetzung für Innovation. Aus den jetzigen Erfahrungen können und müssen
53 wir Lehren für die Zukunft ziehen. Mit Corona enden die politischen Debatten
54 nicht, sondern beginnen sie neu.

55 **II. Handeln in der Pandemie**

56 Deutschland hat die Pandemie entschlossen bekämpft und bislang das
57 Gesundheitssystem vor einem Kollaps geschützt. Aber noch ist nichts gewonnen.
58 Solange ein Impfstoff nicht verfügbar ist, wird das Corona-Virus eine andauernde
59 Gefahr bleiben und wir werden voraussichtlich noch lange mit weitreichenden
60 Einschränkungen leben müssen. Lockerungen sind weiter nur stufenweise und unter
61 der Prämisse möglich, dass unser Gesundheitssystem nicht überlastet wird.

62 In dieser Ausnahmezeit ist Verhältnismäßigkeit das Gebot der Stunde. Es ist die
63 Verantwortung des Staates immer wieder zu prüfen, ob die massiven
64 Grundrechtseinschränkungen verhältnismäßig sind und ob es mildere Mittel gibt.
65 Einschränkungen, genauso wie schrittweise Lockerungen, müssen entlang von
66 klaren, nachvollziehbaren Kriterien so transparent wie möglich erklärt werden,
67 um Verständnis, Akzeptanz und Vertrauen zu schaffen. Die Einschränkungen müssen
68 geeignet, erforderlich und angemessen sein, die Folgewirkungen in den Blick
69 nehmen, mögliche Alternativen betrachten und gründlich abgewogen werden. Sie
70 sind zeitlich zu befristen und immer wieder aufs Neue zu begründen. Während es
71 im Shutdown eine große Geschlossenheit gab, droht sich die Gesellschaft in
72 Phasen der Lockerung zu spalten. Statt sich in Durchhalteparolen und
73 Lockerungsübungen aufzureiben, brauchen wir eine andere, zielgenauere Strategie
74 zur Bekämpfung des Virus, die auf Tests, schneller Nachvollziehbarkeit von
75 Infektionen und auf Schutzmaßnahmen beruht. Wir müssen jetzt daran arbeiten,
76 dass die Voraussetzungen dafür vor allem in den sensiblen Bereichen geschaffen
77 werden. Lockerungen müssen sich am Gemeinwohl orientieren und dürfen nicht davon
78 abhängen, welche Lobbygruppe die stärksten Einflussmöglichkeiten hat.

79 Mit dem Shutdown haben Bund und Länder die massivsten Grundrechtseingriffe in
80 der Geschichte der Bundesrepublik sowie beispiellose Hilfspakete beschlossen.
81 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben diese Maßnahmen im Bundestag und auf Ebene der
82 Landesregierungen mitgetragen, Vorschläge eingebracht und damit zu einem

83 schnellen, geschlossenen Handeln beigetragen. Auch so konnte breites Vertrauen
84 in den notwendigen Shutdown entstehen. Wir stehen bereit, auch weiter die Last
85 mit zu schultern. Dafür treiben wir mit eigenen Vorschlägen an, wo
86 Handlungsbedarf besteht und bremsen, wo nötig. Fraktionen und Parlamente sind
87 von den Regierungen im Bund und in den Ländern zwingend mit einzubinden. Sie
88 sind der Ort der demokratischen Debatte, auch in Krisenzeiten.

89 Bei allem gesellschaftlichen Zusammenstehen werden jetzt zunehmend die
90 politischen Versäumnisse der Bundesregierung sichtbar. Mit der gleichen
91 Vehemenz, mit der wir in den Shutdown gegangen sind muss eine funktionierende,
92 europäisch koordinierte Pandemiewirtschaft aufgebaut werden. Viele Unternehmen
93 im Land sind bereit zu helfen, und ihre Produktion auf elementar notwendige
94 Schutzgüter umzustellen. Doch wenn die Bundesregierung nicht koordiniert,
95 funktioniert es nicht. Wir brauchen zuverlässige Zahlen über den notwendigen
96 Bedarf, Abnahmegarantien, gegebenenfalls Investitionshilfen und Koordination bei
97 Engpässen in den Lieferketten.

98 Testkapazitäten und die Versorgung mit Mund-Nase-Masken müssen drastisch
99 gesteigert werden. Die Ausstattung mit Schutzkleidung ist gerade für die
100 sozialen Hilfeeinrichtungen, für die Kinder- und Jugendhilfe,
101 Frauenberatungsstellen oder Obdachlosenhilfe jetzt notwendig, nicht später. Sie
102 müssen ebenso wie Pflegeheime mit Schutzmasken ausgestattet werden. Längst
103 überfällige digitale Lösungen – etwa eine freiwillige Corona-Tracing-App als
104 wichtiger Baustein in der Epidemiebekämpfung – gibt es noch immer nicht. Die
105 Gesundheitsämter brauchen ausreichend Personal für regionale Taskforces.

106 Die Krise befeuert die sozialen Probleme und zeigt, wer keine Lobby hat:
107 Familien, vor allem Alleinerziehende, und Kinder. So verschärft die Schließung
108 von Schulen und Kindergärten die Chancenungleichheit für Kinder dramatisch.
109 Zwischen ‚komplett geschlossen‘ und ‚alle sofort wieder rein‘, muss es Raum für
110 Verhältnismäßigkeit und pragmatische Lösungen geben – tageweiser
111 Kleingruppenunterricht, Schüler-Lehrer-Gespräche. Wenn im Betrieb Schichtsysteme
112 eingeführt werden, klappt das auch in der Kita. Der Staat hat eine
113 Fürsorgepflicht für Kinder und einen Bildungsauftrag.

114 Mit neuer Wucht wird sichtbar, wie sehr unser gesellschaftliches Leben und damit
115 auch unser wirtschaftlicher Wohlstand immer noch darauf beruht, dass Frauen
116 Kinder betreuen, sich ums Essen kümmern oder die Wohnung putzen. Kinderbetreuung
117 darf aber nicht zur Privatsache werden, Familien müssen auf den Staat bauen
118 können. Nötig ist zudem ein großer, umfassender sozialer Schutzschirm, der auch
119 jene schützt, die arm sind, obdachlos, die Stress, Verhetzungen im Netz,
120 häuslicher Gewalt, Depressionen oder Suizidgefahr ausgesetzt sind.

121 Je länger die Pandemie andauert, umso stärker rückt die Frage in den
122 Vordergrund: Wie mit der Bedrohung durch das Virus leben lernen, ohne das
123 öffentliche Leben langfristig drastischen Einschränkungen zu unterwerfen? Wir
124 müssen uns jeden Tag aufs Neue – auch mit Blick auf eine mögliche neue Corona-
125 Welle – damit auseinandersetzen, wie wir unter Pandemie-Bedingungen Bildung,
126 Betreuung, Wirtschaft und Handel, Kultur- und Freizeitangebote sowie nicht

127 zuletzt die Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben organisieren
128 und gleichzeitig die Menschen bestmöglich vor Ansteckung schützen.

129 **II. Klimakrise und Corona gemeinsam bekämpfen**

130 Die Welt steht vor einer tiefgreifenden Rezession. Der internationale
131 Währungsfonds prognostiziert, dass Corona zur schlimmsten Wirtschaftskrise seit
132 der großen Depression der 1930er führen wird. Das ist eine tiefgreifende
133 wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Herausforderung, der wir uns in
134 Europa gemeinsam und mit aller Kraft stellen müssen. Die Konjunkturprogramme
135 müssen deshalb europäisch gedacht, bzw. in Europa aufeinander abgestimmt sein,
136 damit sich alle Länder im europäischen Binnenmarkt entwickeln können. Niemand
137 wird es alleine schaffen.

138 Für dieses historische Moment gibt es keine Blaupause. Die wirtschaftlichen
139 Auswirkungen treffen fast alle Lebensbereiche und Branchen, aber sie treffen
140 diese sehr unterschiedlich. Manche Unternehmen können dank Homeoffice nahezu
141 weiter machen wie vor der Krise, haben aber weniger Aufträge. Einige
142 verbleiben vielleicht noch monatelang im Shutdown und sehen kaum noch eine
143 Perspektive. Andere können mit deutlichen Beschränkungen langsam wieder
144 aufmachen, aber ihre Lieferketten funktionieren nicht. Dazu kommt, dass wir mit
145 den wirtschaftspolitischen Maßnahmen nicht die gesundheitspolitischen
146 konterkarieren dürfen.

147 Anders als nach der Finanzkrise werden wir uns in Deutschland dieses Mal nicht
148 einfach aus der Rezession herausexportieren können. Die Nachfrage ist global
149 eingebrochen. Und wir müssen eine Antwort darauf finden, dass sich alte soziale
150 Schief lagen durch Corona verschärfen und neue auftun.

151 Bei all dem ist die zweite große Aufgabe unserer Zeit, die Klimakrise, zu
152 bewältigen. Wir erleben nach zwei Hitzesommern schon die nächste Dürre.
153 Knochentrockene Äcker, Waldbrände im April, das ist auch die Realität in unserem
154 Land. Und gegen die Klimakrise wird es keinen Impfstoff geben. Nicht in diesem
155 Jahr und auch in keinem anderen. Wir werden als Weltgemeinschaft scheitern, wenn
156 die jetzt geplanten Maßnahmen die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen noch
157 beschleunigen.

158 Es ist daher entscheidend, jetzt die Weichen richtig zu stellen. Ohne Frage ist
159 die Rezession mit voller Kraft zu bekämpfen, Jobs und Wettbewerbsfähigkeit zu
160 erhalten. Tun wir das aber mit einer alten Politik und alten Mitteln,
161 produzieren wir neue Unsicherheit und steuern auf gigantische soziale und
162 wirtschaftliche Schäden zu. Unser Handlungsrahmen müssen der Pariser
163 Klimavertrag und die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung sein.

164 Vor der Pandemie hatte ein breites Bündnis aus Unternehmen, Klimabewegung,
165 Gewerkschaften, Forscher*innen und Wissenschaftler*innen, die Chancen erkannt,
166 die in einem Aufbruch liegen, der Klimaschutz, ökonomische Dynamik und sozialen
167 Ausgleich zusammenbringt. Wir haben eine doppelte Aufgabe und doppelte Chance:
168 die durch Corona bedingte Wirtschaftskrise und die Klimakrise zusammen
169 anzugehen. So wird der Europäische Green Deal zum Pakt für die Transformation
170 der Wirtschaft.

171 Es wird massive Anstrengungen und beispiellose Programme brauchen, um diese
 172 Herausforderungen zu lösen. Jetzt ist die Zeit großer und kreativer Antworten
 173 und entschlossenen Handelns. Wir müssen auf der einen Seite kurzfristig
 174 stimulieren und stabilisieren, und zudem den Kurs in Richtung Klimaneutralität
 175 und Zukunftsfähigkeit setzen. Dabei ist völlig klar: Ein solches
 176 Konjunkturprogramm ist auch innerhalb von vielen Jahren so nur ein Mal leistbar.
 177 Umso entschiedener und vorausschauender muss jetzt der richtige Weg zum
 178 Wiederaufbau eingeschlagen werden.

179 **III. Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise - sozial und ökologisch**

180 Es braucht Direkthilfen für die Branchen, die im Shutdown stillstehen müssen und
 181 Konjunkturstimuli für die, die langsam wieder anlaufen.

182 Dabei ist klar, dass aus Steuermitteln finanzierte Wirtschaftshilfen in der
 183 Rezession an Vorgaben gekoppelt werden müssen: Wenn Aktienkonzerne Dividenden
 184 auszahlen, Unternehmen Firmensitze in Steueroasen haben oder Manager*innen-Boni
 185 auszahlen, können sie keine Hilfe vom Staat erwarten. Unternehmen, die in der
 186 Krise mit staatlichen Geldern unterstützt wurden und in Zukunft wieder
 187 Dividenden auszahlen wollen, müssen diese Hilfen an den Staat zurückzahlen.

188 Für dieses Jahr sollte ein deutsches Konjunktur-Sofortprogramm von etwa 100
 189 Milliarden Euro vorbereitet werden, das dann schnell greifen kann, wenn die
 190 medizinische Lage ein stärkeres Wiederanfahren des ökonomischen Lebens erlaubt.
 191 Stimulieren wir dann schnell die Konjunktur, verhindern wir, dass Millionen
 192 Menschen in unserem Land durch die Folgen von Corona in Existenznöte geraten,
 193 Pleitewellen unsere Innenstädte veröden lassen, dass das, was uns lieb und teuer
 194 ist, Kultur, Reisen, dauerhaften Schaden nimmt. Es braucht dabei Unterstützung
 195 gerade für die Schwächsten. Die Maßnahmen sind auf die Dauer der
 196 Krisenbewältigung zu befristen und immer wieder zu überprüfen.

197 Für dieses Sofortprogramm schlagen wir folgende Eckpunkte vor:

198 **Lokalen Einzelhandel stärken - Pleitewellen verhindern**

199 • Der lokale Einzelhandel und insbesondere die inhabergeführte Gastronomie
 200 sowie Kultureinrichtungen leiden durch die Krise massiv. Der Einzelhandel
 201 hat bereits weitere Marktanteile an den Onlinehandel verloren. Um eine
 202 Verödung unserer Innenstädte zu verhindern, soll für die zweite
 203 Jahreshälfte ein Fonds in Höhe von 20 Milliarden Euro aufgelegt werden,
 204 der sich zusammensetzt aus Kaufanreizen, in Form von Kauf-Vor-Ort-
 205 Gutscheinen sowie direkten Zuschüssen, um die Nachfrage, dort wo nötig, zu
 206 stimulieren und eine Belebung der Innenstädte als gesellschaftliche Räume
 207 zu schaffen.

208 • Es braucht zudem gezielt einen Fonds für weiterhin geschlossene
 209 Kultureinrichtungen und Betriebe, um deren Fortbestand zu sichern, gerade
 210 für kleine Veranstaltungsorte – dies ist wirksamer und fairer als das von
 211 der Bundesregierung geplante Umtauschsystem.

212 **Soziale Absicherung verbessern - Kaufkraft erhalten**

213 • Krisenbedingt soll ein ALG2-Sonderbedarf von 100 Euro für Erwachsene
 214 eingeführt und für Kinder im Bildungs- und Teilhabebezug der Sonderbedarf
 215 um 60 Euro erhöht werden. Alle gesellschaftlichen Gruppen sollten einen

216 Zugang zur Grundsicherung haben. Wir wollen zudem temporär das BAföG auch
 217 für Studierende öffnen, die sonst nicht förderberechtigt sind, da ihnen
 218 derzeit vielfach die Nebenverdienstmöglichkeiten wegbrechen.

- 219 • Solange Kitas und Schulen nicht wieder in vollem Umfang geöffnet haben,
 220 sollen Eltern, die deshalb ihre Kinder betreuen, die Möglichkeit haben, in
 221 Elternzeit zu gehen und dafür ein Corona-Elterngeld erhalten. Das
 222 Elterngeld soll so gestaltet sein, dass es Anreize für eine
 223 gleichberechtigte Kinderbetreuung setzt.
- 224 • Das Kurzarbeitergeld soll auf 90 Prozent für Einkommen bis 1.300 Euro
 225 erhöht und bis zu 2.300 Euro degressiv auf 60 Prozent abgesenkt werden.
 226 Wir wollen verhindern, dass kleine Selbständige einen Antrag auf
 227 Grundsicherung stellen müssen. In Bereichen, die einen längeren Shutdown
 228 erfahren, soll deshalb eine Art Kurzarbeitergeld gezahlt werden. Die
 229 Leistung sollte bei 55 Prozent des jeweiligen Steuergewinns der letzten
 230 Jahre liegen, maximal bei 1.500 Euro/Monat.

231 **Ökologische Modernisierung der Industrie beschleunigen**

232 Um den Industrieunternehmen zu helfen, die durch die Pandemie in Existenznöte
 233 geraten, wollen wir großzügige staatliche Unterstützung anbieten. Dabei sollen
 234 die Investitionen gleichzeitig der ohnehin notwendigen ökologischen
 235 Modernisierung dienen, damit die Unternehmen den Einstieg ins klimaneutrale
 236 Zeitalter nicht verpassen, indem sie jetzt falsch abbiegen. Direkte Hilfen
 237 sollen daher die Investitionen fördern, die einem der sechs EU-Umweltziele
 238 dienen (Taxonomie). Und: Firmen müssen bestimmte Sozialstandards einhalten. Zudem
 239 sollte der Vorschlag des Sustainable-Finance-Beirats der Bundesregierung
 240 aufgegriffen werden: Wenn Unternehmen belegen, dass sie nach dem Pariser
 241 Klimaabkommen wirtschaften, sollten sie einen Teil der Kredite, die der Staat
 242 jetzt als Hilfen ausgibt, am Ende der Tilgung erlassen bekommen.

243 **Unsere Vorschläge:**

- 244 • Über eine direkte Innovations- und Investitionsförderung wollen wir
 245 Investitionen in transformative CO₂-freie Verfahren und Prozesse durch
 246 direkte Zuschüsse für sogenannte Leuchtturmprojekte fördern. Damit wollen
 247 wir EU-Förderprogramme ergänzen und zudem über degressive Abschreibungen
 248 der getätigten Investitionen für transformative CO₂-freie
 249 Industrieprozesse in Höhe von mind. 25 Prozent auch steuerlich Anreize
 250 setzen.
- 251 • Wir wollen für die Bürger*innen und insbesondere mittelständische
 252 Unternehmen den Strompreis senken, indem die EEG-Umlage ab dem 1. Juli
 253 2020 um fünf Cent je Kilowattstunde reduziert wird. Das setzt langfristig
 254 ökologisch richtige Anreize, denn wir brauchen die Elektrifizierung
 255 weiterer Sektoren. Bis Ende 2021 kann damit zudem ein Kaufkraft-Effekt von
 256 22 Milliarden Euro erreicht werden. Mittelfristig finanziert sich die
 257 Maßnahme durch die Einnahmen aus dem CO₂-Preis.
- 258 • Wir wollen den Einstieg in die grüne Wasserstoffwirtschaft beschleunigen.
 259 Damit treiben wir sowohl in Industriebranchen wie Stahl und Chemie als
 260 auch im Luft-, Schiffs- und Güterverkehr gezielt Klimaschutz als auch
 261 höhere Investitionen an. Dazu gewähren wir Investitionszuschüsse für

262 Wasserstoff-Pipelines und schaffen Innovations- und Experimentierräume, um
263 verschiedene Geschäftsmodelle und Anwendungen besser erproben zu können.

264 • Mit Klimaverträgen wollen wir Investitionssicherheit gerade in der
265 klimaintensiven Industrie schaffen. Damit wollen wir die Differenz
266 zwischen dem aktuellen CO₂-Preis und den tatsächlichen CO₂-
267 Vermeidungskosten erstatten, welche den Unternehmen durch die
268 Investitionen in neue Verfahren und Technologien entstehen. Dafür werden
269 die besten Projekte in einem wettbewerblichen Ausschreibungsverfahren
270 ermittelt und mit den betreffenden Unternehmen Klimaverträge (Carbon
271 Contracts for Difference) abgeschlossen.

272 • Für Investitionen von Unternehmen sollte, wie schon in der Finanzkrise,
273 eine auf zwei Jahre befristete degressive Sonder-Afa eingeführt werden.

274 • Wir unterstützen die energieintensiven Rechenzentren finanziell dabei,
275 ihren Stromverbrauch zu senken und auf erneuerbare Energien sowie
276 energieeffiziente Wasserkühlsysteme umzustellen. So leisten wir auch einen
277 Beitrag, um die digitale Souveränität Europas voranzubringen.

278 Die Automobilindustrie ist ein Schlüsselsektor unserer Industrie mit massiver
279 Bedeutung für hunderttausende Arbeitsplätze und zahllose Zulieferer. Schon vor
280 der Corona-Pandemie steckte die Automobilwirtschaft in einer Krise, diese hat
281 sich nun massiv verschärft. Unternehmen und Beschäftigte sind sehr verunsichert,
282 wie es weitergehen kann, welche Marktentwicklung eintreten wird, ob
283 Arbeitsplätze gesichert werden können. Wir schlagen ein Zukunftsbündnis von
284 Unternehmen, Gewerkschaften und Umweltverbänden vor, um die Rezession zu
285 überwinden, die ökologische Transformation voranzubringen und Beschäftigung zu
286 sichern. Dieses verbindet zielgerichtete kurzfristige Hilfen mit dem dringend
287 notwendigen Aufbruch in Richtung Elektromobilität. Dazu gehören ökologische
288 Kaufanreize und finanzielle Hilfen bei der Modernisierung. Im Gegenzug müssen
289 umweltschädliche Subventionen abgebaut und in der Kfz-Steuer ein Bonus-Malus-
290 System eingeführt werden, wodurch emissionsintensive Wagen wie SUVs stärker und
291 emissionsärmere Fahrzeuge geringer belastet werden. Zudem müssen Quoten für
292 emissionsfreie Mobilität eingeführt und die EU-Flottengrenzwerte entsprechend
293 dem Pariser Klimavertrag angepasst werden.

294 Staatliche Beteiligungen an Unternehmen sind an die Bedingung von ökologischen
295 und sozialen Kriterien für die jeweiligen Branchen gebunden. Ähnlich wie die
296 Autobranche ist auch die Luftfahrt hart getroffen. Analog zur Autobranche
297 müssten staatliche Hilfen an ordnungsrechtliche Vorgaben gekoppelt werden. Wie
298 in anderen europäischen Ländern gilt es in diesem Zuge, eine CO₂-
299 Reduktionsstrategie für die Luftfahrt vorzulegen, zum Beispiel durch
300 Streckenschließungen für kürzere Inlandsflüge, Ausweitung des Nachtflugverbots
301 oder die Erneuerung der Flugzeugflotte durch effizientere und schadstoffärmere
302 Flugzeuge.

303 **IV. Investitionen in die Zukunft**

304 Wir sollten jetzt ein zehnjähriges Investitionsprogramm von 500 Mrd. Euro
305 vorbereiten. Allein in unseren Kommunen besteht ein Sanierungsstau von 138 Mrd.
306 Euro, und hier sind ökologische Investitionen etwa in den Ausbau des
307 öffentlichen Nahverkehrs noch gar nicht einbezogen. Es braucht gerade jetzt

308 starke Kommunen, die vor Ort handlungsfähig sind, sei es bei den Sozialdiensten
309 oder Frauenhäusern. Die Investitionen des Staates müssen deshalb nicht nur in
310 der Krise, sondern dauerhaft auf ein höheres Niveau gebracht werden. Die
311 ökonomischen Forschungsinstitute der Unternehmen und Gewerkschaften kommen auf
312 einen Investitionsbedarf von über 450 Mrd. Euro. Hinzu kommen Investitionen in
313 unser Gesundheitssystem, deren Notwendigkeit uns durch Corona vor Augen geführt
314 wurde. Allein unsere Krankenhäuser haben einen zusätzlichen Investitionsbedarf
315 von mindestens sechs Milliarden Euro pro Jahr. Und in der Pflege sind die
316 Herausforderungen ebenfalls groß.

317 Bundes- und Landespolitik sollten alles tun, um diese Investitionen auf den Weg
318 zu bringen. Dazu gehört, Planungsprozesse jetzt zu starten und das Planungsrecht
319 zu entbürokratisieren bzw. Regelungen befristet auszusetzen. Gerade jetzt sollte
320 die öffentliche Hand Planer*innen und Projektsteuernde einstellen und die
321 Genehmigungsbehörden aufstocken, damit die zusätzlichen Investitionen auch
322 verbaut werden können. Dazu sollte der Bund durch eine Verwaltungsvereinbarung
323 einen Fonds mit den Ländern auflegen, aus dem zusätzliche Planungsstellen über
324 den Zeitraum von mindestens fünf Jahren bezahlt werden können. Viele
325 Investitionen liegen bei den Kommunen, und viele von Ihnen werden durch
326 Altlasten erdrückt. Der Bund sollte den Kommunen einen großen Teil ihrer
327 Altschulden abnehmen, da er sie dauerhaft zu niedrigen und derzeit sogar
328 negativen Zinsen refinanzieren kann.

329 Dieses riesige Investitionsvolumen ist gut angelegtes Geld, sowohl um eine große
330 globale Depression mit unvorhersehbaren gesellschaftlichen und politischen
331 Folgen zu verhindern, als auch um krisenfestere und nachhaltige neue
332 Wirtschaftsstrukturen aufzubauen. Natürlich steigen dadurch die Schulden. Die
333 öffentlichen Haushalte werden in den nächsten Jahren unter dem Druck der Tilgung
334 dieser aufgenommenen Kredite stehen. Gleichzeitig dürfen wichtige
335 Zukunftsinvestitionen nicht der Krise geopfert und keine Einschnitte bei der
336 kommunalen Grundversorgung, der Infrastruktur und der sozialen Sicherung
337 vorgenommen werden. Für eine nachhaltige Finanzierung der Kosten der Corona-
338 Krise ist deshalb eine Kreditfinanzierung mit sehr langen und flexiblen
339 Tilgungszeiträumen notwendig. Und Deutschland zahlt auf seine Schulden derzeit
340 keine Zinsen. Eine zu schnelle, restriktive Tilgung würde die wirtschaftliche
341 Erholung und Investitionsfähigkeit des Staates gefährden. Wir müssen deshalb die
342 Schuldenbremse reformieren, um mehr kreditfinanzierte Investitionen zu
343 ermöglichen. Immer wieder hat Deutschland nach besonderen Herausforderungen
344 (Zweiter Weltkrieg, Wiedervereinigung) besondere Formen des Lastenausgleichs
345 gefunden. Entsprechend brauchen wir zur Tilgung der Schulden einen solidarischen
346 Ausgleich nach dem Prinzip: Wer starke Schultern hat, kann mehr tragen.

347 **V. Unser Gesundheitssystem stärken**

348 Die Corona-Epidemie legt die Stärken und Schwächen unseres Gesundheitssystems
349 offen. Unser Gesundheitswesen verfügt über ein gut ausgebautes System der
350 Diagnostik, eine im europäischen Vergleich gute Akutversorgung mit zahlreichen
351 Intensivbetten und eine gute technische Ausstattung. Zugleich ist aber deutlich
352 geworden, dass insbesondere bei der personellen Situation in der Pflege, in der

353 kommunalen Gesundheitsversorgung, bei der digitalen Vernetzung sowie bei der
354 Beschaffung und Bevorratung von Schutzausrüstung erhebliche Defizite bestehen,
355 die behoben werden müssen.

356 Jetzt müssen wir unser Gesundheitssystem akut so gut stärken, wie es nur geht,
357 um dieser Epidemie Herr zu werden. Die Vorhaltung von Reservekapazitäten für den
358 Ernstfall und eine gute und gut bezahlte Personalausstattung müssen Vorrang
359 haben und gehören ins Zentrum unserer Anstrengungen. Das sollte durchaus
360 ökonomisch geschehen, aber Sicherheit geht vor. Das heißt konkret, dass uns als
361 Gesellschaft die Investitionen in medizinische und pflegerische Infrastruktur
362 und Investitionen in Pandemiemanagement mehr Geld wert sein müssen als bisher.
363 Wir brauchen eine deutliche Aufwertung und berufsständische Stärkung der Pflege,
364 attraktivere Arbeitsbedingungen und eine bessere Personalausstattung. Wir müssen
365 die über Jahre ausgedünnten öffentlichen Gesundheitsdienste, insbesondere die
366 Gesundheitsämter, besser ausstatten und die Arbeitssituation für die Menschen im
367 Gesundheits- und Pflegebereich verbessern. Um die Löhne in der Pflege zu
368 verbessern, sollen die Tarifparteien die Verhandlungen für eine tarifliche
369 Bezahlung in der Pflege baldmöglichst fortsetzen, damit eine Einigung zeitnah
370 für allgemeinverbindlich erklärt werden kann. Sollte das trotz laufender
371 Verhandlungen nicht erreicht werden, müssten gesetzliche Maßnahmen ergriffen
372 werden. So könnte in einem nächsten Schritt die soziale Pflegeversicherung dazu
373 verpflichtet werden, nur mit Arbeitgebern Verträge zu schließen, die tariflich
374 zahlen.

375 Der durch die Krise teilweise entstehende Schwung bei der Digitalisierung
376 unseres Gesundheitswesens muss genutzt werden, um Telemedizin und andere für die
377 Versorgung und die Forschung sinnvolle digitale Angebote auszubauen.
378 Forschungsdaten sollen unter Wahrung des Persönlichkeitsschutzes leichter
379 ausgetauscht werden können, genauso wie medizinische Logistik. Wir wollen einen
380 Investitionspakt von Bund und Ländern, um Krankenhäuser, aber auch den
381 öffentlichen Gesundheitsdienst bei den notwendigen Investitionen für die
382 digitale Infrastruktur zu unterstützen.

383 Mit digitaler Epidemiologie lässt sich aus einer Vielzahl anonymisierter Daten
384 der Gesundheitsstatus der Bevölkerung in Echtzeit analysieren, um so gezielter
385 eingreifen und einer künftigen Epidemie besser begegnen zu können. Nicht nur
386 dafür muss das E-Government der Verwaltung in Deutschland mit Hochdruck
387 entwickelt werden. Unsere Virolog*innen sind weltweit Spitze und die
388 Forschungseinrichtungen sind es auch. Wenn hingegen heute noch Gesundheitsdaten
389 per Fax von Amt zu Amt versendet werden müssen, weil es technisch anders nicht
390 geht, kostet uns das jetzt im Kampf gegen Corona wertvolle Zeit.

391 **VI. Recht auf Bildung, auch in der Pandemie**

392 Das Coronavirus hält auch der Bildungspolitik den Spiegel vor. Da sind die immer
393 noch enormen Ungerechtigkeiten, die das deutsche Bildungssystem hervorbringt –
394 sichtbar zum Beispiel in der unterschiedlichen technischen Ausstattung von
395 Schulen. Da sind die vielerorts mangelhaften baulichen und sanitären Zustände
396 von Bildungseinrichtungen, die in Pandemiezeiten noch größere Probleme als sonst
397 hervorrufen. Da ist, allen Beteuerungen zum Trotz, der immer noch viel geringe

398 Stellenwert der frühkindlichen Bildung, wenn wieder nur unter dem Label
399 „Betreuung“ über Kitas gesprochen wird. Was hier in den ersten Jahren
400 pädagogisch versäumt wird, kann vielfach kaum nachgeholt werden.

401 Auf der anderen Seite macht das Engagement vieler Akteur*innen Mut für einen
402 echten Bildungsaufbruch. Bildungsverantwortliche, Schulleitungen, Kommunen,
403 pädagogische Fach- und Lehrkräfte, aber auch Eltern und Schüler*innen finden
404 neue, pragmatische und kreative Lösungen in der schwierigen Situation: Sei es
405 der Unterricht im Park oder die Vertretung der aus medizinischen Gründen
406 abwesenden Musiklehrerin durch einen Musiker, der derzeit ohne Engagement ist.

407 Es geht beim Lernen aus der Krise nicht nur um ein bisschen Digitalisierung, es
408 geht darum, das Bildungssystem so auszurichten, dass Menschen selbstbestimmt,
409 nachhaltig und aufgeklärt handeln können.

410 Die Digitalisierung an den Schulen braucht dauerhaft finanzielle Unterstützung
411 vom Bund, nicht nur einen einmal gefüllten, befristeten Fördertopf. Die
412 Megaaufgabe Digitalisierung in der Bildung können Bund und Länder nur gemeinsam
413 schaffen. Die Bereitschaft auf allen Seiten, das deutsche Bildungssystem an die
414 digitale Welt anzuschließen, war nie so groß wie heute.

415 Um den Ungerechtigkeiten im Bildungssystem entgegenzuwirken, ist der weitere
416 Ausbau guter ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote zentral. Hier könnte
417 die Krise möglicherweise alte Blockaden aufbrechen: Wenn für eine längere Zeit
418 der klassische Bildungsbetrieb nur eingeschränkt stattfinden kann, sollten Kitas
419 und Schulen die Möglichkeit haben, unbürokratisch und flexibel neue Lern- und
420 Freizeit-Angebote zu schaffen. Schulen sollen dafür ein Budget erhalten, das im
421 Rahmen eines sozialen Schutzschildes aus dem Mitteln des Bundes kommt.
422 Zusätzlich ist ein Aufholprogramm für Schulen in benachteiligten Regionen und
423 Stadtteilen nach der Krise nötiger denn je, damit jene, die schon vor Corona
424 drohten, abgehängt zu werden, den Anschluss nicht verlieren.

425 **VII. Eine neue Chance für Europa**

426 Ganz Europa ist von der Corona-Krise betroffen. Unser Kontinent ist derzeit die
427 Region mit den meisten Infizierten weltweit. Alle sind betroffen, manche
428 Regionen, wie die Lombardei, das Elsass, Madrid ganz besonders. Wie schon in der
429 letzten Finanzkrise und der Flüchtlingskrise haben einige europäische Staaten
430 auch in der Corona Krise unsolidarisch und uneuropäisch gehandelt. Die Pandemie
431 darf die Spaltung in der EU nicht noch weiter verschärfen. Wenn Europa jetzt
432 nicht zusammensteht, springen andere in die Lücke und versuchen ihren
433 geopolitischen Einfluss noch weiter auszudehnen. Aber es gibt viele Beispiele
434 europäischer Solidarität, die Mut machen, dass die europäische Idee in dieser
435 Zeit besteht: europäische Patient*innen werden in deutschen Krankenhäusern
436 behandelt, über europäische Städtepartnerschaften wird kommunale Hilfe
437 organisiert, viele Personen aus der Zivilgesellschaft haben individuelle
438 Initiativen gestartet. Wir müssen diese Krise als Wendepunkt begreifen die
439 Gemeinschaft zu vertiefen. Dann kann Europa sogar gestärkt aus ihr hervorgehen.

440 Wir wollen so schnell wie möglich zu den offenen Grenzen des Schengen-Raums
441 zurückkehren. Bei der Bekämpfung von Corona muss Europa zu seinen Werten stehen

442 und offen bleiben. Grenzkontrollen und Einreiseverbote müssen medizinisch
443 begründet, abgestimmt und verhältnismäßig sein. An die Stelle willkürlicher
444 Grenzkontrollen auf nationaler Ebene sollten zielgerichtete Beschränkungen auf
445 regionaler Ebene (die dann durchaus auch grenzübergreifend gelten) treten. Die
446 Kriterien müssen nicht überall zu einhundert Prozent identisch, aber
447 wirkungsgleich sein. Wo notwendig, muss an den Grenzen auf die Frage des
448 effektiven Gesundheitsschutzes fokussiert werden.

449 Europa braucht eine Koordinierung der Strategien aus dem Shutdown, auch um zu
450 verhindern, dass Lieferketten unterbrochen werden. Eine europäische
451 Pandemiewirtschaft sollte eine massive Produktion an medizinischer Ausrüstung
452 zum Ziel haben. Die Staaten sollten die Beschaffung gemeinsam organisieren bzw.
453 untereinander abstimmen, um zu verhindern, dass man sich gegenseitig Konkurrenz
454 macht. Die europäischen Anstrengungen in der Impfstoffforschung sollten
455 verstärkt werden. Wir fordern einen EU-Corona-Forschungsfonds für Medikamente
456 und Impfstoffe, die dann unter Gemeinwohllizenz vermarktet werden. Für die Zeit
457 nach der Pandemie sollte das European Center for Disease Prevention and Control
458 (ECDC) in die Lage versetzt werden, bei zukünftigen Pandemien schnell
459 Unterstützungsleistungen für besonders betroffenen Länder zu leisten, damit kein
460 Krankenhaus in Europa in die Lage kommt, Menschen nicht angemessen medizinisch
461 versorgen zu können. Die bevorstehende deutsche Ratspräsidentschaft sollte auch
462 genutzt werden, um die Arzneimittelproduktion wieder verstärkt in Europa
463 anzusiedeln, um in diesen lebenswichtigen Bereichen nicht von transkontinentalen
464 Lieferketten abhängig zu sein.

465 Mit den Entscheidungen der Europäischen Zentralbank (EZB) konnte eine neuerliche
466 Finanz- und Währungskrise fürs Erste abgewehrt werden. Wieder einmal musste die
467 EZB einspringen, weil die Staats- und Regierungschefs nicht in der Lage waren,
468 umfassende Maßnahmen wie gemeinsame Corona-Bonds für die Krisenbewältigung zu
469 beschließen. Das jetzt vereinbarte Paket aus ESM-Hilfen, Unternehmenskrediten
470 über die Europäische Investitionsbank und das europäische Kurzarbeitergeld ist
471 ein erster Schritt, aber unzureichend.

472 Wenn jetzt in Ländern wie Spanien und Italien aus Angst vor einer Überschuldung
473 zu wenig getan werden kann, trifft das nicht nur die dortige Bevölkerung hart,
474 sondern am Ende alle Mitglieder der Union. Gerade die deutsche Wirtschaft ist
475 eng verknüpft mit diesen Ländern. Wenn dort keine deutschen Produkte mehr
476 gekauft werden, führt dies zu einer stark steigenden Arbeitslosigkeit bei uns.
477 Und wenn dort die Produktion wegen der Pandemie nicht wieder anlaufen kann,
478 stehen wegen der verwobenen Lieferketten hierzulande Bänder still. Nur wenn
479 Italien wieder auf die Beine kommt, wird Deutschland es auch. China wird
480 versuchen, sich in der kommenden Rezession in die europäische Wirtschaft
481 einzukaufen, und Putin die Möglichkeit nutzen, um europäischen Demokratien zu
482 destabilisieren. Nur wenn Europa seine Interessen gemeinsam wahrnimmt, werden
483 insbesondere Süd- und Osteuropa diese Angebote ablehnen können

484 Diese europäische Antwort muss einen gemeinsamen Recovery Fund beinhalten, der
485 durch gemeinsame Anleihen finanziert wird, um so die Krisenlasten gemeinsam und
486 solidarisch zu schultern. Die Ausgaben sollten sich an den Pariser

487 Klimaschutzzielen und dem Green Deal orientieren. Der Recovery Fund hat einen
488 Umfang von mindestens einer Billion Euro und ist damit dem Ernst und der Größe
489 der Herausforderung angemessen. Die Verschuldung zählt nicht in die nationalen
490 Schuldenquoten. Vielmehr ermöglicht die gemeinsame Haftung Zinsen unterhalb der
491 Inflation.

492 Während viele Unternehmen, insbesondere Mittelständler und der Einzelhandel in
493 den Innenstädten, gerade leiden, machen große Digitalkonzerne riesige Gewinne.
494 Zugleich zahlen sie weniger Steuern als vergleichbare traditionelle Unternehmen.
495 Deshalb wäre jetzt spätestens der Zeitpunkt, dass sich die Bundesregierung
496 diesem Steuerdumping entgegenstellt und ihre Blockade bei der europäischen
497 Digitalsteuer aufgibt. Schon der Vorschlag der EU-Kommission, die Umsätze
498 digitaler Großunternehmen an dem Ort, wo sie tätig sind, mit drei Prozent zu
499 besteuern, würde zu geschätzten Einnahmen von fünf Milliarden Euro führen. Wenn
500 einzelne EU-Mitgliedstaaten weiterhin blockieren, braucht es eine Koalition der
501 Willigen als ersten Schritt zu einer europäischen und globalen Lösung.

502 In der Krise erweist sich, dass das jahrelange Bremsen und Verweigern der
503 deutschen Bundesregierung in zentralen europäischen Fragen als schwere Hypothek.
504 Nach der Krise müssen in der Europäischen Union die seit Jahren aufgeschobenen
505 Entscheidungen zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion, wie
506 beispielsweise ein eigener EU-Haushalt mit einem eigenen fiskalpolitischen
507 Instrument, der Umgang mit Handelsungleichgewichten und die Vollendung der
508 Bankenunion endlich angegangen werden. Ein größerer EU-Haushalt ab 2021 bedeutet
509 auch einen größeren deutschen Beitrag und mehr Möglichkeiten für die Union,
510 eigene Einnahmen zu generieren. Um Europa neu aufzustellen muss die
511 Bundesregierung nicht jeden Vorschlag anderer Länder übernehmen, sie muss aber
512 endlich auch eigene konstruktive Vorschläge machen, um die Probleme zu lösen und
513 nicht weiterhin nur verweigern und im Falle einer Krise die gesamte
514 wirtschaftspolitische Verantwortung der Europäischen Zentralbank zuschieben. Zu
515 den notwendigen Fragen gehört auch die Überprüfung des Stabilitäts- und
516 Wachstumspakts.

517 Die Welt wird nur im Geist der Kooperation gut durch diese Pandemie kommen. So
518 vernetzt sie ist, so kurzsichtig egoistisch handeln derzeit die meisten
519 Nationalstaaten. Wenn Europa kooperativ und solidarisch vorgeht, schaffen wir
520 eine starke und unwiderstehliche Gegenerzählung mit globaler Wirkung. Die ganze
521 Welt kämpft gegen diese Corona-Pandemie. Deshalb müssen in der Pandemie die
522 Zölle für überlebenswichtige Produkte wegfallen und Exportbeschränkungen
523 aufgehoben werden. Sieben Milliarden Menschen warten auf einen Impfstoff und
524 Medikamente gegen COVID-19. Es muss dafür gesorgt werden, dass beides, sobald
525 vorhanden, global, schnell und zu einem günstigen Preis verfügbar ist.

526 Wir müssen deshalb über eine Lockerungen der Regeln geistigen Eigentums
527 nachdenken und die Besitzer*innen geistigen Eigentums dazu aufrufen, günstige
528 Lizenzen in einem internationalen Patentpool anzubieten, der über die WTO
529 koordiniert wird – insbesondere für einen neu entwickelten Impfstoff oder eine
530 anerkannte Therapie. Die globale Rezession droht in den Entwicklungs- und
531 Schwellenländern ein Brandbeschleuniger der Schuldenkrise und damit von Armut,

532 Flucht und Konflikten zu werden. Deutschland muss sich dafür einsetzen, dass die
533 Schulden des globalen Südens erlassen werden. Weiterhin braucht es eine
534 deutliche Erhöhung der Sonderziehungsrechte beim Internationalen Währungsfonds,
535 um besser gegen spekulative Kapitalflucht gewappnet zu sein. Wir dürfen nicht
536 zulassen, dass globale Ungleichheiten noch weiter verschärft werden. Wir
537 brauchen ein globales Hilfspaket gegen das Corona-Virus und seine Folgen und
538 eine Stärkung der Vereinten Nationen.

539 Wir unterstützen die Forderung des UN-Generalsekretärs nach weltweiten
540 Waffenstillständen. Die Bundesregierung sollte ihren Einfluss bei den
541 europäischen und internationalen Partnern geltend machen, um auf dieses Ziel
542 hinzuarbeiten. Sie muss schnell ausreichende zusätzliche Mittel für
543 Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe zur Verfügung stellen.
544 Gleichzeitig dürfen die internationale Gemeinschaft und die deutsche humanitäre
545 Hilfe sowie die Entwicklungszusammenarbeit nicht bei Maßnahmen in bestehenden
546 Gesundheitsprogrammen nachlassen.

547 **VIII. Stärker aus der Krise**

548 Die Pandemie führt uns vor Augen, was wir vermissen und unbedingt wiedergewinnen
549 wollen: unsere Freiheit, soziale Nähe und die Vielschichtigkeit unseres Lebens;
550 den öffentlichen Raum; KITAS, Schulen und Hochschulen; den direkten Austausch
551 mit den Kolleg*innen am Arbeitsplatz; Kultur und das bunte Leben, mit Kneipen,
552 Kinos, Konzerten, lebendigen Innenstädten, die uns weiter fehlen und die jetzt
553 um ihre Existenz kämpfen; unser vereintes und offenes Europa.

554 Der Shutdown hat uns auch gezeigt, was wir stärker wertschätzen und fördern
555 müssen:

556 Die Klugheit einer aufgeklärten Gesellschaft, die fähig ist präventiv zu
557 handeln; in einem funktionierenden demokratischen Rechtsstaat zu leben; unsere
558 öffentliche Daseinsvorsorge, ein lebendiges Gemeinwesen vor Ort und ein starker
559 Sozialstaat; unabhängige Qualitätsmedien und den Öffentlich-Rechtlichen
560 Rundfunk; solidarische Menschen und einen solidarischen Staat; saubere Luft auch
561 in den Städten und staufreie Straßen; die Möglichkeit des Homeoffice; ein
562 parlamentarisches Miteinander zwischen Regierung und Opposition, das gemeinsam
563 Dinge löst, statt nur gegeneinander zu arbeiten.

564 Nicht zuletzt führt uns die Corona-Krise vor Augen, was wir in der Vergangenheit
565 versäumt haben. Es gab Pandemiewarnungen und sogar Pandemienotfallvorkehrungen
566 mit Drucksachenummer des Bundestages, aber in der Realität, als Gesellschaft
567 waren wir nicht ausreichend vorbereitet. Wir müssen Resilienz noch lernen. Dazu
568 gehört, dass wir bei der Arzneimittelproduktion und zentralen Utensilien für
569 Seuchenbekämpfung nicht allein auf den Markt setzen können. Wir müssen in Europa
570 selbst in der Lage sein, die zentralen medizinischen Produkte und Medikamente zu
571 produzieren, ebenso wie Lebensmittel die wir zum Leben in einer Notlage
572 brauchen. Dazu gehört, dass wir kritische Infrastrukturen, beispielsweise vor
573 weitreichenden IT-Angriffen, besser schützen. Wir müssen die Digitalisierung
574 voranbringen, wir müssen Europa und multilaterale Institutionen stärken und wir
575 müssen verstehen, dass der Raubbau an den natürlichen Ökosystemen das Risiko von

576 Epidemien erhöht. So haben Ausbrüche von Infektionskrankheiten in den letzten 40
577 Jahren immer stärker zugenommen. Circa zwei Drittel davon sind Zoonosen, also
578 Krankheiten, die vom Tier auf den Menschen übertragen wurden. Wir müssen die
579 Ursachen für Zoonosen stärker bekämpfen und uns zugleich wappnen, Epidemien
580 zukünftig besser einzudämmen.

581 Nur wenn wir uns selbstkritisch reflektieren, können wir uns besser gegen
582 zukünftige hereinbrechende Katastrophen wappnen. Vorsorge ist politisch das
583 Schwierigste überhaupt. Aber Corona führt uns jeden Tag vor Augen, wie wichtig
584 sie ist. Entsprechend geht es uns mit diesem Antrag darum, über die unmittelbare
585 Krisenbekämpfung hinaus Leitlinien für die nächsten Schritte zu beschließen und
586 die richtigen Lehren aus der Erfahrung der letzten Wochen zu ziehen. Wir wollen
587 schneller sein als das Virus, damit seine schlimmsten Folgen verhindert werden
588 können und wir stärker aus der Krise kommen als wir hineingegangen sind.

Begründung

Die Entwicklungen in der Corona-Krise sind rasant. Wir möchten möglichst aktuell auf die Geschehnisse sowie die Entscheidungen des Deutschen Bundestages in der vergangenen Woche reagieren und legen den Leitantrag deshalb als Dringlichkeitsantrag vor.